

66. Österreichischer Städtetag  
8.–10. Juni 2016

**INNS'  
BRUCK**



  
Österreichischer  
Städtebund

„Stadtklima im Wandel - Zusammenleben gestalten“

## **Arbeitskreis I**

# **Der neue Finanzausgleich**



# Der neue Finanzausgleich

Moderation:

**Mag.<sup>a</sup> Eva Linsinger**

Profil

Vorsitz:

**Bgm. Mag. Matthias Stadler**

St. Pölten

Diskutierende:

**Bundesminister Dr. Hans Jörg Schelling**

Bundesministerium für Finanzen \_\_\_\_\_ Seite 5

**LH-Stv. Mag. Michael Schickhofer**

Land Steiermark \_\_\_\_\_ Seite 9

**Präsident Prof. Helmut Mödlhammer**

Österreichischer Gemeindebund \_\_\_\_\_ Seite 13

**Bgm. Matthias Stadler**

St. Pölten \_\_\_\_\_ Seite 17



66. Österreichischer Städtetag  
8.–10. Juni 2016

**INNS'  
BRUCK**



  
Österreichischer  
Städtebund

## **Reform des Finanzausgleichs**

**Bundesminister  
Dr. Hans Jörg Schelling**

Bundesministerium für Finanzen



# Reform des Finanzausgleichs

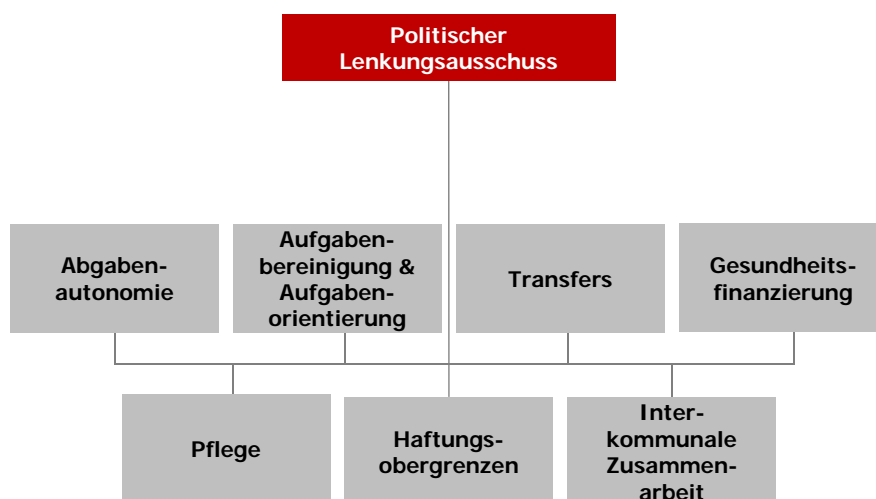
## Städtetag, 9.6.2016

### Ziele des BMFs im Einklang mit dem Regierungsprogramm

---

- Der neue Finanzausgleich muss einfacher, transparenter und aufgabenorientierter sein
  
- Ziel ist eine stärkere Zusammenführung von
  - Aufgabenverantwortung
  - Ausgabenverantwortung
  - Einnahmenverantwortung

- Entflechtung der Aufgaben, Mischfinanzierungen und Transfers
- Aufgabenorientierte Mittelausstattung
- Effizienzsteigerungen durch Beseitigung von Doppelgleisigkeiten
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der staatlichen Ebenen und des föderalen Finanzsystems





66. Österreichischer Städtetag  
8.–10. Juni 2016

**INNS'  
BRUCK**



# Mehrbelastungen ausgleichen

LH-Stv. Mag. Michael Schickhofer

Land Steiermark



# **Mehrbelastung der Länder und Gemeinden ausgleichen – Zukunftsinvestitionen ermöglichen**

- Grauen Finanzausgleich ausgleichen
- Strukturschwache Regionen fördern
- Chancengleichheit sicherstellen
- Historische Ungleichheiten abmildern
- Mehrbelastungen der Länder & Gemeinden abgelten



66. Österreichischer Städtetag  
8.–10. Juni 2016

**INNS'  
BRUCK**



## **FAG 2017** **"Realistische Ziele umsetzen"**

**Präsident Prof. Helmut Mödlhammer**

Österreichischer Gemeindebund





Österreichischer  
Gemeindebund

Löwelstraße 6  
1010 Wien  
Tel. 01/512 14 80  
Fax 01/512 14 80-72  
www.gemeindebund.at

## Arbeitskreis 1 – Der neue Finanzausgleich 66. Österreichischer Städtetag 9. Juni 2016, Innsbruck

### FAG 2017: „Realistische Ziele umsetzen“

- Die bisherigen Verhandlungen
- Positionen des Österreichischen Gemeindebundes
- Schlussfolgerungen und Ausblick

Kurzreferat von Präs. Helmut Mödlhammer, 9. Juni 2016  
(Folien erstellt am: 19.5.2016)



Österreichischer  
Gemeindebund

Löwelstraße 6  
1010 Wien  
Tel. 01/512 14 80  
Fax 01/512 14 80-72  
www.gemeindebund.at

### Die bisherigen Verhandlungen (seit 4/2015)

- Ausgangslage
  - Die Jahre der Finanz- und Wirtschaftskrise sitzen bei allen tief (kaum Kompromissbereitschaft)
  - Budgetärer Druck (v.a. im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich)
  - „Großer Wurf“: Medialer und selbst auferlegter Erfolgsdruck (vor allem beim Bund)
- Umfangreiche Palette an Reformthemen
  - Zeitverlust durch Diskussion von Themen abseits des FAG
  - Informationsasymmetrie und Kurzfristigkeit der Vorlage von Papieren (Positionsbildung für Länder und Gemeinden aber auch bundesintern schwer möglich)
- Zielorientierung nicht immer gegeben
  - Keine Aufgabendiskussion, stattdessen Orientierung an Ausgaben
  - Wem nützt ein einfacheres Finanzausgleichsgesetz: Bürger? Medien?
  - Wird bei mehr Abgabenautonomie wirklich sparsamer gewirtschaftet?
  - Aufarbeitung vorhandener Ungerechtigkeiten im FAG nicht erwünscht



Österreichischer  
Gemeindebund

Löwelstraße 6  
1010 Wien  
Tel. 01/512 14 80  
Fax 01/512 14 80-72  
www.gemeindebund.at

## Positionen des Österreichischen Gemeindebundes zum FAG 2017

- **Finanzielle Verwerfungen durch FAG 2017 vermeiden**
  - Vereinfachung darf nicht zu Ungerechtigkeiten führen, gewisse Unterschiede sind zu berücksichtigen (z.B. Preisniveau)
  - Vorhandene Einnahmenunterschiede durch neue (aufgabenorientierte) Verteilungsschlüssel nicht noch weiter verstärken
- **„Grauen Finanzausgleich“ wirksamer eindämmen**
  - Mehrausgaben/Mindereinnahmen durch Gesetze und VO (Bund/Land)
  - Regelungen der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) werden vom Bund kaum eingehalten (Folgekosten für Gemeinden werden so gut wie nie mitbedacht)
  - BMVIT verschleppt Konsultationsverfahren bei EisbKrV 2012
- **Reform der Grundsteuer**
- **Finanzielle Beteiligung des Bundes an Mindestsicherung**
- **Verlängerung und Valorisierung des Pflegefonds**
- **Schaffung eines Strukturfonds (Vollzug durch Länder)**



Österreichischer  
Gemeindebund

Löwelstraße 6  
1010 Wien  
Tel. 01/512 14 80  
Fax 01/512 14 80-72  
www.gemeindebund.at

## Resümee und Ausblick

- **Bekanntnis des Bundes zu Stadt und Land?**
  - Arbeitsprogramm der Bundesregierung: „Sicherung einer gleichwertigen Daseinsvorsorge“
  - Unterstützung der Städte im Sozialbereich (bei BMS werden sich die Kosten heuer mehr als verdoppeln – Stichwort Flüchtlingskrise)
  - Unterstützung der strukturschwachen Gemeinden im ländlichen Raum
- **Ist das aktuelle Leistungsniveau weiter finanzierbar?**
  - Für einen fairen Ressourcenausgleich muss auch klar sein, welche Aufgaben/Lasten über den Finanzausgleich abgegolten werden.
  - Aufgabendiskussion ist überfällig
- **Alle Kommunen brauchen gewissen finanziellen Spielraum**
  - Verwalten UND gestalten können nicht mehr alle Kommunen
- **Konzentration auf das Wesentliche bei FAG 2017**
  - Was ist bis 1.1.2017 möglich? Was soll danach weiterverfolgt werden?
- **Kostenbewusstsein auf- und Bürokratie abbauen**



66. Österreichischer Städtetag  
8.–10. Juni 2016

**INNS'  
BRUCK**



# Reform des Finanzausgleichs

Bgm. Matthias Stadler

St. Pölten



## **66. Österreichischer Städtetag in Innsbruck 9. Juni 2016**

### **Arbeitskreis Reform des Finanzausgleichs**

#### **Vortrag Bgm. Mag. Matthias Stadler**

---

Die Verhandlungen für einen neuen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind in der entscheidende Phase. Seit November hat die Finanzdirektion der Stadt St. Pölten rund 700 E-Mails zum Thema Finanzausgleich bekommen. Mir sind ca. 40 Studien vom KDZ, Wifo, EcoAustria etc. mit ca. 3.000 Seiten bekannt. Dazu kommen unzählige weitere Kurzfassungen, Arbeitsunterlagen, Protokolle etc. Die Länder haben einen eigenen Vertreter, der nichts anderes tut, als das alles zu sammeln und zu katalogisieren.

Diese Zahlen zeugen von der Wichtigkeit des Themas für die Körperschaften, aber auch für die öffentlich vielleicht nicht wahrgenommene Bedeutung für die BürgerInnen.

Diese Zahlen zeugen auch von der Komplexität des Finanzausgleichs und bedeuten für unseren Arbeitskreis, dass eine inhaltlich erschöpfende Auseinandersetzung im Rahmen dieses Gremiums unmöglich ist.

Daher möchte ich mich auf einige, für den Städtebund und die österreichischen Städte bedeutungsvolle, Punkte beschränken.

## **Umsetzung eines aufgabenorientierten Finanzausgleichs als das Gebot der Stunde**

Der bestehende Finanzausgleich ist ein kompliziertes, über Jahrzehnte gewachsenes Konstrukt. Viele Finanzierungen von Leistungen erfolgen über Doppelfinanzierungen von Gemeinden und Ländern, sie werden über Umlagen und Vorwegabzüge durch die Länder einbehalten.

- Um ein transparentes, zielsicheres System zu schaffen, sind diese Kompetenzen aus Sicht der österreichischen Städte zu bereinigen.

Die Finanzierung erfolgt danach direkt vom Bund an die Erbringer der Leistung.

Beispiel: Die Kindergärten werden zur Gänze durch die Gemeinden erbracht und finanziert, die Sozialhilfe nur mehr durch die Bundesländer. Durch diese sinnvolle Aufgabenentflechtung und eine entsprechende Neuordnung der Mittelzuweisung erübrigen sich viele Verflechtungen, Transfers und Umlagen entfallen zur Gänze. Das bringt Kostenwahrheit, Transparenz und klare Verantwortlichkeiten.

Eine Reform des Finanzausgleichs, die sich an den Aufgaben orientiert, muss die Finanzierung der Basisaufgaben, Sonderlasten und zentralörtlichen Aufgaben der Städte entsprechend sicherstellen. Die spezifisch urbanen Zentrumslasten müssen anerkannt und abgegolten werden.

## **Österreichs Städte und ihr Umland boomen: Regionale Versorgungsfunktion muss daher gestärkt werden**

Österreichs Städte und ihr Umland boomen, ein Trend hin zum Zukunftsraum Stadt mit guter Infrastruktur, ausgezeichneter medizinischer Versorgung, in den letzten Jahren stark ausgebauten Kindergarten- und Hortplätzen sowie im Bereich der Pflege. Die Städte erfüllen hier als lokale Zentren vielfach überregionale Aufgaben, die aber auch finanziell honoriert werden müssen, denn der Zuzug in die Städte – im Übrigen ein internationaler Trend – hält weiterhin stark an und hat sich in den letzten Jahren verstärkt.

- Für große österreichische Stadtregionen wie Graz, Linz-Wels oder Wien bedeutet dies, dass in den kommenden Jahren der Ausbau von kommunaler Infrastruktur, Wohnbau, öffentlicher Verkehr finanziert werden muss.

Beispiel Kindergärten: Kindergärten wurden bundesweit – nicht zuletzt durch das verpflichtende Kindergartenjahr – zuletzt stark ausgebaut. Vor allem größere Städte sind dabei in der Lage, die Schließtage gering zu halten und bieten ihr Angebot auch für Unter-Dreijährige bzw. in Nachmittagsbetreuung an. Diese Faktoren sind Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch hier versorgen regionale Zentren ihr Umfeld mit.

- Für den Österreichischen Städtebund ist daher klar, dass die Entflechtung der Transfers ein unabdingbarer Bestandteil einer umfassenden Reform sein muss. Eine Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels (aBS) ohne Neuregelung der Transfers ist für Österreichs Städte undenkbar.

## **Städte für Reform der Grundsteuer**

Um zu kompensieren, dass ein bedeutender Teil der gemeindeeigenen Steuern in den vergangenen Jahren abgeschafft oder durch die Schaffung zahlreicher Ausnahmebestimmungen, so auch Steuerbefreiungen für andere Gebietskörperschaften, ausgehöhlt wurde fordern Österreichs Städte eine Reform der gemeindeeigenen Steuern, insbesondere die Neuordnung der Grundsteuer, die neben der Kommunalsteuer die einzige verbliebene Gemeindesteuer ist. Durch die mannigfaltigen kritischen Aussagen des Verfassungsgerichtshofs zu den Einheitswerten, befürchten beide kommunalen Spitzenverbände bei weiterer Untätigkeit den Entfall der Abgabe. Auch bei der Kommunalsteuer sind die Ausnahmeregelungen zu hinterfragen.

Noch immer bemisst sich die Grundsteuer am Einheitswert aus dem Jahr 1972 (letzte pauschale Anpassung 1983) und ist international gesehen marginal. Der Österreichische Städtebund fordert daher, dass die Grundsteuer eine Gemeindesteuer bleiben muss.

- Sollte keine grundsätzliche Reform zustande kommen, müssen Österreichs Städte und Gemeinden jedenfalls mehr Spielraum beim Hebesatz eingeräumt werden.

## **Städte wollen Zugang zu günstigen ÖBFA-Finanzierungen**

Bund und Länder haben durch den Zugang zur Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) einen besonderen Vorteil zu günstigen Finanzierungskonditionen zu kommen – auch Städte und Gemeinden wollen künftig diesen Zugang nutzen können, um die Ausgaben für Zwischenfinanzierungen gering zu halten.

## **Gesundheit und Pflege**

Bei Gesundheit und Pflege wurde bereits beim vergangenen Finanzausgleich mit dem Kostendämpfungspfad ein wichtiger Schritt gesetzt. Dieser Weg muss auch im neuen Finanzausgleich fortgesetzt werden.

- Für Österreichs Städte ist dabei wichtig, dass sich die Umlagen und Transfers an die Länder parallel zum Kostendämpfungspfad entwickeln.

Der Bereich der Pflege würde sich darüber hinausgehend ausgezeichnet dafür eignen, die Mittelverteilung künftig aufgabenorientiert zu gestalten. Das brächte auch nötige Transparenz in der Mittelverwendung des Pflegefonds, denn je nachdem ob die Pflegedienstleistungen von Gemeinden oder einem Bundesland erbracht wird, würden die entsprechenden Mittel dann direkt dem Leistungserbringer zugewiesen werden. Wesentlich für das Verhandlungsteam des Städtebunds ist zudem die Einsicht in die Pflegedienstleistungsstatistik.

## **Nach den Verhandlungen ist vor den Verhandlungen**

Dass ein so umfangreiches System bis zum 31.12.2016 umgesetzt werden kann, ist ein ambitioniertes Ziel. Bei der Verfolgung dieses Ziels werden unweigerlich wichtige Punkte des Finanzausgleichs auf der Strecke bleiben.

Im Laufe der nächsten FAG-Periode sollte die Behandlung aller offenen Punkte ohne Zeitdruck möglich sein.

- Daher darf aus Sicht des Städtebundes keine Zeit verschwendet werden, um dieses Mal den vollen Zeitraum des neuen Finanzausgleichs für Verhandlungen zu nutzen.





# NOTIZEN



